

## FRÜHLINGSSESSION: BERICHT

Nach einem turbulenten Europajahr 2016 begann das Jahr 2017 mit einer bezüglich der Schweizer Europapolitik sehr viel ruhigeren Frühlingssession.

Das laufende Referendum gegen die Umsetzung der MEI sowie der noch ausstehende Entscheid des Bundesrats zu einem möglichen Gegenvorschlag zur RASA Initiative riefen aber auch in dieser Session immer wieder in Erinnerung, dass die Europapolitik der Schweiz zurzeit mehr als unsicher ist.

### Rückblick Wintersession 2016

Die personenfreizügigkeitskonforme Umsetzung der MEI und die Ratifizierung des Kroatienprotokolls haben nicht nur zur Sicherstellung der Personenfreizügigkeit geführt, sondern erlauben die weitere Teilnahme der Schweiz an den Forschungs- und Austauschprogrammen der EU. Am 16. Dezember wurde die Variante „Inländervorrang light“ an der Schlussabstimmung angenommen.

Im Februar hat der Bundesrat seine zwei Varianten für einen Gegenvorschlag zu RASA in die Vernehmlassung geschickt. Die erste Variante des Bundesrats will die Kontingente und Schutzklausel der MEI behalten, zudem soll eine Klausel die Einhaltung internationaler Verträge berücksichtigen. Variante 2 möchte einzig die in der Initiative festgelegte Frist von 3 Jahren streichen. Am 1. März ist die Vernehmlassungsfrist abgelaufen, die gesetzliche Frist für die Verabschiedung der Botschaft des Bundesrats läuft bis am 27. April 2017.

### Frühlingssession 2017

#### Parlamentarische Gruppe Schweiz- EU und Nebs-Briefing

Bereits kurz vor Beginn der Frühlingssession hat die Nebs einen Vernehmlassungsworkshop mit PartnerInnenorganisationen durchgeführt, um gemeinsam die beiden Varianten des Bundesrats für einen Gegenvorschlag zu RASA zu diskutieren. Am 8. März ist die Parlamentarische Gruppe Schweiz-EU im Bundeshaus zusammengekommen, um über die RASA-Initiative und den jeweiligen Gegenvorschlag des Bundesrats zu diskutieren. Zu den Referenten gehörten der Direktor von Avenir Suisse, Dr. Peter Grünenfelder, sowie Prof. emerit. Andreas Auer, Mitglied des RASA Initiativkomitees. Diese erläuterten ihre Standpunkte zu den Gegenvorschlägen des Bundesrats und stellten sich den Fragen der Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Avenir Suisse wies darauf hin, dass die Schweizer Wirtschaft eng mit der Weltwirtschaft verbunden ist und die EU der wichtigste Handelspartner überhaupt ist. Dementsprechend waren sich alle Referenten einig, dass die Schweiz ihre Beziehungen zur EU klären muss.

### Ausblick Sommersession 2017

Die Nebs unterstützt das gegen die Umsetzung der MEI ergriffene Referendum nicht. Die Frist für die Unterschriftensammlung läuft am 7. April 2017 ab. Die Nebs hat von Anfang an das das Umsetzungsgesetz zur MEI befürwortet, welches vom Parlament in der Wintersession angenommen worden ist und mit der Personenfreizügigkeit vereinbar ist.

Gespannt erwartet die Nebs ausserdem den Entscheid des Bundesrats über einen Gegenvorschlag zu RASA. In den nächsten Wochen wird sich zeigen, ob und über was für einen Gegenvorschlag die Schweizer Bevölkerung abstimmen wird.

### Europapolitisches Fazit der Nebs

Zu den Gegenvorschlägen des Bundesrats zu RASA hat die Nebs eine eigene Vernehmlassungsantwort verfasst. Darin betont sie, dass sie Höchstzahlen und Kontingente für EU-Bürger als nicht zielführend und nicht mit der Personenfreizügigkeit kompatibel betrachtet. Aus pragmatischen Gründen hat sie diesen Artikel aber nicht aus ihrer Vernehmlassungsantwort gestrichen, sondern anderweitig den Vorbehalt internationaler Verträge und der Beziehungen der Schweiz zur EU festgehalten. Damit soll die europäische Integration sichergestellt und weitergeführt werden.